



**Niederschrift über die Sitzung des
Sozialausschusses am 11. Mai 2020**

im Ghibellinensaal des Bürgerzentrums in Waiblingen, An der Talau 4 in 71334 Waiblingen

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende: Landrat Dr. Sigel

Die Ausschussmitglieder: Kreisräte/innen:

Holzwarth, Mößner, Dr. von Pollern, (CDU)
Reingruber, Schaal, Scheurer

Bühler, Knödler, Müller, Sailer, Dr. Scherer (Freie Wähler)

Fazio, Messinger, Dr. Rebmann, Schwarz (Grüne)

Bauer, Faure, Rentschler (SPD)

Goll (FDP-FW)

Kral, Malcher (AfD)

Königeter (Die Linke/ÖDP)

Wilhelm (Wilhelm/
Klinghoffer)

Entschuldigte Ausschuss- Payr (FDP-FW)
mitglieder:

Ferner:

Herr Bergmann, Sozialerfahrener Bürger

Frau Böhm, Dezernentin Jugend, Soziales und Bil-
dung

Herr Leonhardt, Leiter Amt für Soziales und Teilhabe (Top 1)

Frau Dr. Keller, Rems-Murr-Kliniken (Top 2 – 4)

Herr Gläss, Leiter Kreisjugendamt (Top 5)

Herr Reubold, Vizepräsident Polizeipräsidium Aalen (Top 7)

Herr Böhnke, Leiter Ordnungsamt (Top 7)

Herr Schwab, Leiter Jobcenter Rems-Murr (Top 1 und 8)

Weitere Mitarbeiter/innen

Presse

Entschuldigt: Herr Rall und Herr Rook, Sozialerfahrene Bürger

Die Schriftführerin: Kreisamtsinspektorin Geprägs

Beginn der öffentlichen Sitzung: 14:30 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 18:10 Uhr

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 2

Öffentlich

Landrat Dr. Sigel gedenkt vor Eintritt in die Tagesordnung dem ehemaligen Kreisrat Herrn Karl-Otto Völker, der am 9. Mai 2020 verstorben ist und würdigt dessen Verdienste. Die Anwesenden erheben sich zu einer Schweigeminute.

§ 1

Aktuelle Herausforderungen im Dezernat für Soziales, Jugend und Bildung in Zeiten der Corona-Krise

Drucksache 2020/096

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zugrundeliegende Drucksache und führt aus, dass man sich bemüht habe, alle Themen zusammenzutragen, die das Dezernat vor aktuelle Herausforderungen stellen. Man arbeite auch Hand in Hand mit der Agentur für Arbeit und dem Jobcenter, müsse derzeit viele neue Wege finden und wolle trotz des Krisenmodus sicher unterwegs sein.

Herr Schwab erläutert die aktuelle Entwicklung des Arbeitsmarktes. Man erwartet, dass die Arbeitslosigkeit im Mai nochmals weiter ansteigen werde. Er teilt mit, dass sich die Verwaltung auf das „worst case“-Szenario vorbereitet habe, dieses aber noch nicht eingetroffen sei. Er gehe momentan davon aus, dass das Jobcenter gut aufgestellt sei und die Situation gut bewältigen könne.

Herr Leonhardt erläutert, dass man im Amt für Soziales und Teilhabe derzeit besonders darauf achten müsse, die Existenzsicherung für bestimmte Lebensbereiche zu gewährleisten. Man habe auch ein besonderes Schutzbedürfnis für Menschen mit Behinderungen und ein unverzichtbares, zu schützendes Netzwerk. Er teilt weiter mit, dass die im letzten Jahr beschlossene Organisationsumstellung im Amt für Soziales und Teilhabe derzeit sehr schleppend laufe. Man habe lediglich eine Besetzungsquote von 80 %, was etwa 35 nichtbesetzten Vollzeitstellen entspreche.

Landrat Dr. Sigel dankt für die Einblicke in die Ämter und ergänzt, dass man sich im Bereich Schulen und Bildung ganz gut geschlagen habe. Der Betrieb in den Schulen sei relativ reibungslos wiederaufgenommen worden.

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 3

Öffentlich

Der Sozialausschuss nimmt den Bericht über die aktuellen Herausforderungen im Dezernat für Soziales, Jugend und Bildung in Zeiten der Corona-Krise zur Kenntnis.

Auszüge:

- 1 Dezernat 5
- 1 Amt für Soziales und Teilhabe
- 1 Kreisjugendamt
- 1 Amt für Schulen, Bildung und Kultur
- 1 Jobcenter

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 4

Öffentlich

Zur Durchsicht der nachgereichten Druckvorlage wird auf Bitten einzelner Ausschussmitglieder einvernehmlich entschieden, den Tagesordnungspunkt 1.1 nach dem Tagesordnungspunkt 5 zu beraten und hierfür die Sitzung für 5 Minuten zu unterbrechen.

§ 1.1

Weiterfinanzierung von Integrationshilfen in Kindergärten und Schulen während Corona Drucksache 2020/112

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zugrundeliegende Drucksache.

Frau Böhm erklärt, dass auch in Zeiten der Corona-Krise das System funktionieren müsse und Menschen auf die Leistungen angewiesen seien. Verträge könnten nicht in gewohnter Art und Weise erbracht werden, was eine gewisse Flexibilität erfordere. Sie bittet die Kurzfristigkeit der Ergänzungsvorlage zu entschuldigen.

Herr Leonhardt ergänzt, dass es Fälle gebe, da werde man im Rahmen der laufenden Verwaltung Entscheidungen treffen. Es gebe jedoch auch Fallkonstellationen, in denen die Eingliederungshilfe, die eigentlich Pflichtaufgabe sei, zur Freiwilligkeitsleistung werde. Es gehe um kurzfristige Zeiträume, die überbrückt werden müssten. Wenn man die Fortführung der Leistungen aussetzen müsse weil die Kostenzusage für ein paar Tage fehle, würde man damit einen großen Schaden anrichten. Mit dem Beschluss durch den Sozialausschuss wolle man sichergehen, dass sich die Verwaltung nicht über ihre Legitimation stelle. Er bittet, die Beschlussvorlage als Absicherung zu sehen, sodass man im Einzelfall, unabhängig von der rechtlichen Würdigung, auf der sicheren Seite stehe.

Kreisrat Sailer möchte wissen, weshalb alle 3 in der Vorlage dargestellten Varianten keine wesentlichen finanziellen Auswirkungen auf den Landkreis haben.

Frau Böhm erklärt, dass die Kosten noch nicht abschließend benannt werden können, da viele Fälle noch in Arbeit seien.

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 5

Öffentlich

Kreisrat Knödler betont, dass die Weiterbezahlung von Betreuungspersonen sehr wichtig sei und stellt fest, dass es in der Vorlage überwiegend um Leistungen aus dem SGB VIII und IX gehe.

Herr Leonhardt bestätigt, dass sich die Vorlage nur in kleinen Teilen auf das Jugendamt beziehe. Er führt weiter aus, dass man als Verwaltung zeitnahe, pragmatische Lösungen finden wolle, den Verwaltungsaufwand jedoch versuche so gering wie möglich zu halten.

Frau Böhm ergänzt, dass unter Ziffer 2.3.3 klarwerde, dass es lediglich darum gehe 100 % weiterleisten zu können. Erst wenn die Erstattungsleistungen klar seien, könne man die Finanzierungen rückabwickeln.

Kreisrat Reingruber fasst zusammen, dass das Angebot in bisherigem Umfang weitergeleistet werde und die Verwaltung im Nachgang prüfen wolle, was richtig gewesen wäre.

Frau Böhm bestätigt das.

Landrat Dr. Sigel ergänzt, dass man das Vorgehen transparent gestalten wolle, da nach wie vor Unsicherheiten vorhanden seien.

Kreisrätin Goll verweist auf die Differenzen, die zwischen der Fortzahlung im Eingliederungsbereich und der Tagespflegepersonen bestünden.

Landrat Dr. Sigel sichert zu, nach der Corona-Krise nochmals über die Vorgänge zu berichten.

Der Sozialausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 6

Öffentlich

Die Kosten der Integrationshilfe für Kindergärten und Schulen werden i.R. der Eingliederungshilfe nach dem SGB IX bzw. im Kindergartenbereich auch nach dem SGB VIII auch über den 19.04.2020 hinaus bis zur Wiederöffnung der Kindergärten und Kitas bzw. bis zur Wiederaufnahme des Unterrichts an den Schulen wie folgt übernommen: in voller Höhe soweit keine Ersatzleistungen nach dem Rettungsschirm möglich sind bzw. sofern vorrangige Ansprüche wie Kurzarbeitergeld und ggf. Leistungen nach dem Infektionsschutzgesetz in Anspruch genommen werden können Aufstockung auf 100 % unter Anrechnung der Ersatzleistungen. Die Erstattung bzw. Verrechnung erfolgt gegebenenfalls rückwirkend.

Auszüge:

1 Amt für Soziales und Teilhabe

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 7

Öffentlich

§ 2

Tätigkeitsbericht der Patientenfürsprecher sowie Bericht über das Beschwerdemanagement der Rems-Murr-Kliniken gGmbH Drucksache 2020/001

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zugrundeliegende Drucksache und teilt mit, dass in Anbetracht der derzeitigen Situation in Absprache mit Herrn Hug auf dessen Anwesenheit und Bericht verzichtet wurde. Er betont, dass die Patientenfürsprecher ein wichtiger Baustein für das Patientenmanagement und die Zufriedenheit der Patienten seien.

Frau Dr. Keller ergänzt zum vorliegenden Bericht, dass die Kliniken im Jahr 2019 extrem ausgelastet gewesen seien und viele Patienten den Druck im Haus gespürt und sich an das Beschwerdemanagement gewendet hätten.

Landrat Dr. Sigel informiert darüber, dass die Beschwerdequote mit Blick auf die gestiegenen Patientenzahlen jedoch relativ konstant sei und auch zurückgehe. Jede einzelne Beschwerde werde aufgearbeitet. So sei beispielsweise die Speisenversorgung bereits von der Beschwerdeagenda verschwunden, genau wie die Notaufnahme.

Kreisrat Bauer findet, dass es gut zu wissen sei, dass es jemanden gebe an den man sich wenden könne. Der Rückgang der Beschwerden über Notaufnahme und Essen zeige, dass die Dinge ernstgenommen und Lösungen umgesetzt werden. Er findet jedoch auch, dass dem Thema Kommunikation ein größerer Wert zugerechnet werden müsse, das zeige auch die viele Kritik an Ärzten. Er möchte wissen, wie die Berufsgruppe damit umgehe, wie groß die Selbstreflexion sei und ob es sich nur um einzelne Ärzte handle oder durch alle Bereiche ziehe.

Frau Dr. Keller betont, dass eine eingegangene Beschwerde immer ein Nachdenken bei den Ärzten auslöse. Sobald so ein Fall eintrete, stehe der Arzt parat und man bemühe sich, noch während dem Aufenthalt die entstandenen Kommunikationsmängel zu beheben. Angehörige und Patienten hätten meistens Verständnis für das Verhalten des Arztes, welches häufig mit der hohen Bewegung und des straffen Zeitplans zu tun habe.

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 8

Öffentlich

Landrat Dr. Sigel erwidert, dass er es nicht ungewöhnlich finde, dass Ärzte im Fokus stehen, schließlich stellen diese die Hauptberufsgruppe dar. Überall wo kommuniziert werde, seien auch Kommunikationsprobleme vorhanden. Die Erwartungshaltungen seien zudem sehr unterschiedlich.

Kreisrätin Goll erinnert an die anfänglichen Vorbehalte gegenüber den Patientenfürsprechern, stellt jetzt jedoch fest, dass alles prima laufe. Die Arbeit als behandelnder Arzt in den heutigen Zeiten stelle sie sich sehr schwer vor.

Kreisrat Bühler findet es alarmierend, dass sich die Beschwerden in manchen Bereich verdoppelt haben. Er möchte wissen, ob Sprachprobleme (Fremdsprachen) ein Grund für die Kommunikationsprobleme seien und weshalb der Flyer der Patientenfürsprecher nicht der Patientenmappe beiliege.

Frau Dr. Keller erklärt, dass Sprachkenntnisse nur einen Aspekt von vielen darstellen. Ein anderer Aspekt sei die fehlende Zeit oder die Geschicklichkeit eines Arztes, etwas zu erklären. Auch die Therapie sei heutzutage schwieriger geworden und Patienten stehen nicht selten vor einer Entscheidung, bei denen sie ärztlichen Rat benötigen. Die gestiegenen Zahlen würden jedoch auch bestätigen, dass die Arbeit der Patientenfürsprecher und des Beschwerdemanagements angenommen werde. Der Flyer sei derzeit in Arbeit, man wolle das Vorgehen ändern.

Landrat Dr. Sigel ergänzt, dass man auf jeder Station bereits Plakate ausgehängt habe.

Kreisrat Messinger findet, dass der Bericht deutlich zeige, dass eine gute Zusammenarbeit geschaffen worden sei. Man sehe, dass es nicht nur um Pflichterfüllung gehe, sondern mit großem Interesse und Ernsthaftigkeit den Beschwerden nachgegangen werde.

Kreisrat Reingruber betont, dass die Beschwerdequote angesichts der Patientenzahl in beiden Kliniken äußerst gering sei.

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 9

Öffentlich

Kreisrat Scheurer findet, dass das Gespräch zwischen Arzt und Patient einen zentralen Punkt darstelle. Wichtig sei für Patienten zu wissen, wie es nach der Entlassung weitergehe. Dies sei eine Baustelle, bei der es seiner Ansicht nach manchmal noch holpere.

Frau Dr. Keller bestätigt, dass dies ein wunder Punkt sei. Bei der Weiterversorgung und dem Entlassgespräch seien die Ärzte jedoch oft auf externe Partner angewiesen, weshalb es manchmal schnell gehen müsse.

Der Sozialausschuss nimmt den Tätigkeitsbericht der Patientenfürsprecher sowie den Bericht über das Beschwerdemanagement der Rems-Murr-Kliniken gGmbH zur Kenntnis.

Auszüge:

1 Rems-Murr-Kliniken

1 Amt für Beteiligungen und Immobilien

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 10

Öffentlich

§ 3

Wahl der Patientenfürsprecher an den Rems-Murr-Kliniken

Drucksache 2020/002

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zugrundeliegende Drucksache.

Ohne weitere Diskussion beschließt der Sozialausschuss einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Die Patientenfürsprecher werden für den Zeitraum vom 11. Mai 2020 bis 10. Mai 2022 wie folgt bestellt:

- a. Für den **Standort Klinikum Winnenden:**
 - Wiederbestellung von Herrn Paul Hug
 - Wiederbestellung von Frau Ursula Bodamer

- b. Für den **Standort Klinik Schorndorf:**
 - Wiederbestellung von Frau Dr. Irmengard Reichl
 - Erstbestellung von Frau Ingrid Franz

Auszüge:

1 Amt für Beteiligungen und Immobilien

1 Rems-Murr-Kliniken

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 11

Öffentlich

§ 4

Gründung einer Krebsberatungsstelle für die Bevölkerung des RMK

Drucksache 2020/073

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zugrundeliegende Drucksache und betont, dass der Punkt weitestgehend in den Kliniken abgewickelt wurde, es dennoch ein wichtiges Anliegen war, das Gremium hierüber zu unterrichten. Man habe ein gutes Beratungsangebot schaffen können.

Frau Dr. Keller ergänzt, dass dieses wichtige Thema auch im Zusammenhang mit der Kommunikation in den Kliniken zusammenhänge. Betonen wolle sie, dass die Krebsberatungsstelle für alle, somit auch für Angehörige, zugänglich sei und nicht nur für Patienten. Ein Stationsarzt könne diesen Umfang der Beratung nicht leisten, daher stelle die neugeschaffene Einrichtung einen wichtigen Mosaikstein zwischen Kliniken, Patienten, Angehörigen und der Gesamtbevölkerung dar. Sie sei sehr froh, dass die Beratungsstelle bei den Kliniken angesiedelt werden konnte, die eine Brücke zur Nachversorgung für die Betroffenen darstelle.

Landrat Dr. Sigel informiert darüber, dass die Beratungsstelle am 1. April 2020 gestartet sei, jedoch unter erschwerten Bedingungen anlässlich der Corona-Krise. Derzeit würden die Kosten komplett von den Kliniken getragen, Fördermittel seien jedoch beantragt.

Kreisrätin Goll betont, dass die Einrichtung eine sinnvolle Sache sei, auch wenn sie es schade findet, dass niemand von den Kliniken anwesend sei, der direkt mit der Errichtung dieser Stelle betraut sei.

Landrat Dr. Sigel erklärt, dass man aufgrund der derzeitigen Lage eine schlanke Besetzung seitens der Verwaltung angestrebt habe, da auch nicht abzuschätzen gewesen sei, was noch auf einen zukomme.

Kreisrätin Wilhelm findet eine flächendeckende Kommunikation über die neugeschaffene Einrichtung wichtig. Die Hemmschwelle müsse niedrig gehalten werden, daher regt sie an, auch in den

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 12

Öffentlich

Mitteilungsblättern darüber zu unterrichten. Auch wer nicht direkt im Rems-Murr-Kreis behandelt werde, müsse über diese Möglichkeit informiert werden.

Kreisrat Dr. von Pollern erkundigt sich wie das Prozedere vor der Errichtung der Krebsberatungsstelle ausgesehen habe. Beratung sei sehr wichtig für jeden, der von dieser Diagnose betroffen sei.

Landrat Dr. Sigel erklärt, dass man eine Beratungsstelle in dieser Form bisher nicht gehabt habe. Umfangreiche Fördermittel stünden ab Juni dieses Jahres zu Verfügung, daher sei der Zeitpunkt jetzt der richtige gewesen.

Frau Dr. Keller ergänzt, dass das Onkologische Zentrum gute Arbeit geleistet habe und viel kommuniziert worden sei. Ein niederschwelliges Angebot für alle habe es jedoch bisher nicht gegeben.

Landrat Dr. Sigel möchte alle Anwesend dafür ermuntern, die Werbetrommel für die neue Krebsberatungsstelle zu schlagen.

Der Sozialausschuss nimmt den Bericht über die Gründung einer Krebsberatungsstelle für die Bevölkerung des Rems-Murr-Kreises zur Kenntnis.

Auszüge:

1 Rems-Murr-Kliniken

1 Amt für Beteiligungen und Immobilien

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 13

Öffentlich

§ 5

(Weiter-) Finanzierung von Leistungen während der durch das Corona-Virus bedingten Einschränkungen, hier: Laufende Geldleistungen für die Kindertagespflege
Drucksache 2020/093

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zugrundeliegende Drucksache und erklärt, dass in dieser wichtigen Angelegenheit zeitnah ein Beschluss zu schließen sei. Daher habe man sich entschieden, den Tagesordnungspunkt im Sozialausschuss zu beraten und nicht bis zum nächsten Jugendhilfeausschuss zu warten.

Herr Gläss spricht seinen Dank den 360 Tagespflegepersonen sowie den 6 Vereinen aus. Bis heute hätten von Seiten der Verwaltung keine verbindlichen Auskünfte zur Bezahlung gegeben werden können. Man habe sich nun darauf geeinigt, 80 % der Geldleistungen für den gesamten Zeitraum einer Corona bedingten Schließung der Kindertagespflege auszuzahlen. Tageseltern die in der Notbetreuung beschäftigt sind, werde die gesamte Betreuungszeit mit 100 % ausbezahlt. Tageseltern, die selbst Risikopatienten sind oder aus anderen Gründen keine Betreuung mehr anbieten können, sollen ebenfalls bis Ende Mai 80% der Geldleistungen erhalten.

Landrat Dr. Sigel ergänzt, dass die gesamte Regelung weitreichende Konsequenzen habe und speziell die Härtefallregelung keine Selbstverständlichkeit sei. Man habe deshalb mit dem Gremium diskutieren und keine Eilentscheidung treffen wollen.

Kreisrat Reingruber betont, dass die Kindertagespflege ein wichtiges Instrument sei und man deshalb Sorge tragen müsse, gut durch die Krisenzeit zu kommen. Er findet die Fortzahlung von 80 % daher eine gute Lösung und begrüßt die ausdifferenzierten und fairen Regelungsvorschläge der Verwaltung. Es helfe den Tageseltern und den Eltern, die die Kinder in die Notbetreuung geben. Seine Fraktion unterstütze den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Kreisrat Sailer findet, dass die Verwaltung einen guten Kompromiss gefunden habe. Er möchte wissen, was nach dem 30. Mai passiere und was auf die Tageseltern zukomme, die zu Risikogruppen gehören.

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 14

Öffentlich

Landrat Dr. Sigel erklärt, dass man die Zahlungen an die Personen die der Risikogruppe angehören nach dem 30. Mai einstellen müsse. Man sei bemüht, gute und faire Lösungen zu finden, müsse hier jedoch eindeutig abwägen, weil man als Landkreis nicht alle Ausfälle auffangen könne. Personen, die zur Risikogruppe gehören und deshalb keine Kinder mehr betreuen können, müssten durch andere Tagesmütter ersetzt werden. Bei einer Fortzahlung würden dadurch Kosten in Höhe von 180 % pro Kind anfallen. Das könne nicht dauerhaft geleistet werden.

Kreisrätin Goll betont, dass die Arbeit der Tageseltern essentiell sei und man die Finanzierung sichern müsse. Sie befürwortet die Weiterfinanzierung in Höhe von 80 %, gibt jedoch zu bedenken, dass man unter Tagesordnungspunkt 1.1 eine Fortzahlung von 100 % beschließe. Hier müsse man aufpassen, dass keine Ungerechtigkeit entstehe. Die Rückforderung der 20 % sieht sie schwierig.

Kreisrat Köngeter bestätigt, dass die Senkung der Finanzierung nicht schön, aber erforderlich sei. Dennoch findet er die Rückforderung falsch. Er bittet darum zu prüfen, die Rückzahlung nicht sofort einzufordern. Er möchte außerdem wissen, wie eine Tagespflegeperson nachweisen könne, dass sie zur Risikogruppe gehöre.

Kreisrätin Wilhelm erkundigt sich, ob man auf Erstattung durch den Bund hoffen und die Lohnkosten geltend machen könne.

Kreisrätin Fazio betont, dass es wichtig sei das Vertrauensverhältnis zwischen Tageseltern und Kindern zu wahren. Sie möchte wissen, ob die Notbetreuung am 15. Juni ende.

Herr Gläss erklärt, dass nach den bis heute vorliegenden Informationen die Schließung der Einrichtungen am 15. Juni ende. Solange werde es die Notbetreuung geben.

Kreisrat Malcher bekundet sein Einverständnis mit dem Vorgehen, stört sich jedoch an der Rückforderung der 20 %.

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 15

Öffentlich

Landrat Dr. Sigel erklärt, dass man die Rückforderung der 20 % vorbehaltlich anderer Beschlüsse bereits frühzeitig angekündigt habe und diese somit nicht überraschend für die Tagespflegepersonen komme. Nachweise über die Zugehörigkeit zur Risikogruppe seien nicht vorzulegen, die bloße Mitteilung reiche hier aus.

Herr Gläss ergänzt, dass man den Risikopersonen einen gewissen Zeitraum trotz nicht erbrachter Leistung fortzahlen möchte. Er findet, dass 2 ½ Monate hier eine faire Zeit seien.

Landrat Dr. Sigel teilt mit, dass man über Ziffer 4 des Beschlussvorschlags separat abstimmen könne.

Kreisrat Messinger beantragt, die Rückforderung in Form einer Ratenzahlung über 5 Monate zu ermöglichen.

Kreisrat Kral beantragt, auf die 20 % Rückforderung zu verzichten.

Landrat Dr. Sigel fasst zusammen, dass somit 2 Anträge vorliegen, über die man entsprechend abstimmen werde.

Kreisrat Knödler betont, dass man klar mitteilen müsse, dass Personen welche die Betreuung ab 15. Juni aus Risikogründen ablehnen, nur bis Ende Mai fortbezahlt werden.

Herr Gläss bemerkt, dass bei einem kompletten Verzicht auf die Rückforderungen eine Schieflage zu den Personen entstehe, die in dieser Zeit tatsächlich Kinder betreut haben. Eine Ratenzahlung stelle seiner Ansicht nach kein Problem dar.

Landrat Dr. Sigel teilt mit, dass man das Vorgehen an die Betroffenen ausreichend kommunizieren werde.

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 16

Öffentlich

Kreisrätin Dr. Rebmann erkundigt sich, ob die Ratenzahlung nicht einen unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand darstelle.

Landrat Dr. Sigel erklärt, dass man den Betroffenen bereits mitgeteilt habe, dass die Beschlüsse angepasst werden können.

Der Sozialausschuss beschließt einstimmig en bloc die Ziffern 1 bis 3 sowie die Ziffern 5 bis 7:

1. Die laufende Geldleistung (Pflegegeld) an die Tagespflegepersonen (TPP) im Rems-Murr-Kreis soll für den Zeitraum der coronabedingten Schließung der Kindertagespflege in Höhe von 80 % der bisher bewilligten Höhe ausbezahlt werden, auch wenn keine Kinderbetreuung erfolgt. Die Ausbezahlung dieser Mittel wird an die Bereitschaft der Tagespflegeperson gekoppelt, für die Betreuung oder bislang betreuten Kinder im Rahmen der Notbetreuung und nach dem Ende der Betreuungsuntersagung zur Verfügung zu stehen.
2. Bei der Betreuung von Kindern in der Notfallbetreuung wird die gesamte Betreuungszeit mit 100 % bezahlt. Dies gilt auch dann, wenn mehr Stunden als „vor Corona“ notwendig sind oder das Kind zuvor bei einer anderen Tagespflegeperson betreut wurde.
3. Abweichend zu Nr. 1 gilt: Als Härtefallregelung werden die 80 % der laufenden Geldleistung für die Monate März bis Mai auch dann erbracht, wenn Tagespflegepersonen selbst Risikopatienten sind oder aus anderen gewichtigen Gründen die Betreuung nicht anbieten können.

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 17

Öffentlich

5. Bei Eltern, die aufgrund der Schließung keine Betreuung in Anspruch nehmen können, wird für die Zeit der Schließung der Tagespflegestellen im Zuge der Corona-Krise **kein** Kostenbeitrag erhoben bzw. dieser zurückerstattet.
6. Eltern, deren Kinder im Rahmen der Notbetreuung in Tagespflegestellen betreut werden, werden gemäß der aktuellen und im Teilplan beschlossenen Kostenbeitragstabelle zu den Kosten herangezogen.
7. Die Auszahlungen der hälftigen Zuschüsse zur Sozialversicherung der Tagespflegepersonen nach § 23 (2) Nr. 3 SGB VIII soll - gekoppelt an die (Weiter-) Leistung der laufenden Geldleistungen - durchgehend erfolgen.

Der Sozialausschuss beschließt mehrheitlich bei 2 Nein-Stimmen die modifizierte Ziffer 4 des Beschlussvorschlags der Verwaltung:

4. Da die Auszahlung der Geldleistungen für die Monate März bis Mai bereits in Höhe von 100 % „vorbehaltlich künftiger Beschlüsse“ erfolgte, soll die Differenz von 20 % zurückgefordert werden. Eine Ratenzahlung über 5 Monate kann vereinbart werden.

Auszüge:

1 Kreisjugendamt

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 18

Öffentlich

§ 6

Bericht Kommunalen Behindertenbeauftragter

Drucksache 2020/070

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zugrundeliegende Drucksache und führt aus, dass Herr Noller leider nicht persönlich anwesend sein könne, er aber davon ausgeht, dass der Bericht ausführlich in der Drucksache dargestellt sei.

Frau Böhm ergänzt, dass der Haushaltsantrag der FDP-FW-Fraktion bezüglich der Einrichtung einer Inklusionskonferenz analog dem Beispiel Reutlingen in Bearbeitung sei. Aufgrund der Corona-Krise sei jedoch ein wichtiger Termin weggebrochen. Man arbeite das Thema jedoch weiterhin intensiv auf.

Kreisrat Reingruber lobt die gute Arbeit von Herrn Noller.

Der Sozialausschuss nimmt den Bericht des Kommunalen Behindertenbeauftragten zur Kenntnis.

Auszüge:

1 Stabsstelle Kommunalen Behindertenbeauftragter

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 19

Öffentlich

§ 7

Vorstellung der polizeilichen Kriminalstatistik 2019 und der Kommunalen Kriminalprävention / Antrag der SPD-Fraktion

Drucksache 2020/078

Herr Reubold, Vizepräsident des Polizeipräsidiums Aalen stellt die Kriminalstatistik 2019 anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist, vor.

Landrat Dr. Sigel dankt Herrn Reubold für die gute Zusammenarbeit, vor allem im präventiven Bereich.

Kreisrat Kral dankt für die Ausführungen. Er möchte wissen, wie sich das Delikt Diebstahl oder Zerstörung von Wahlplakaten auf die Statistik auswirke und wie die Einordnung in die politische Motivation erfolge. Wenn man den Bericht aus dem Jahr 2019 mit dem aktuellen vergleiche, zeige die Entwicklung der politisch motivierten Straftaten ein anderes Bild als das der Gesamtstraftaten. Ihn interessiert, welche Gewaltdelikte es gegen politische Parteien im Jahr 2019 gegeben habe.

Kreisrat Bauer hält fest, dass die Aggression und Gewaltbereitschaft zunehme. Er betont, dass man den Bericht nicht beantragt habe, um der Polizei auf die Finger zu schauen, sondern um Wechselwirkungen mit Kriminalprävention in den Fokus zu rücken und zu verbessern. Er erkundigt sich, wie die aktuelle Personalsituation im Bereich des Polizeipräsidiums Aalen aussehe vor dem Hintergrund der unterdurchschnittlichen Aufklärungsquote im Rems-Murr-Kreis. Auch möchte er wissen, welche Maßnahmen gegen die steigende Kinder- und Jugendkriminalität getroffen würden. Weiter erkundigt er sich nach Aggressionsdelikten/ Häuslicher Gewalt im Zusammenhang mit Corona, nach der Zusammenarbeit mit den kommunalen Ordnungsdiensten und nach dem Grund für die zurückgehende Anzahl ausländischer Täter.

Herr Reubold teilt mit, dass es landesweit seit geraumer Zeit Personalengpässe bei der Polizei gebe. Die Landesregierung habe hier bereits nachgesteuert und man rechne damit, dass sich die Lage in den Jahren 2021 bis 2022 bessern könne. Das operative Geschäft könne dennoch erledigt werden. Zur steigenden Jugendkriminalität räumt er ein, dass das Thema beim Polizeipräsidium

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 20

Öffentlich

Aalen noch nicht sehr in den Fokus gerückt sei. Häusliche Gewalt hingegen sei ein Zentrales Thema, wofür auch seit dem 1. April 2020 eine Koordinierungsstelle eingerichtet worden sei. Eine interne Auswertung der Statistik stehe noch aus, deswegen könne er zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht sagen, weshalb die Zahlen im Bereich der ausländischen Täter rückläufig seien.

Landrat Dr. Sigel ergänzt, dass manche Städte und Gemeinden Nachholbedarf im Bereich der Polizeiarbeit hätten. Er betont jedoch, dass das kommunale Netzwerk gut funktioniere und man bereits zahlreiche Projekte habe starten können. Vor allem Kinder und Jugendliche an der richtigen Stelle zu erreichen sei eine wichtige Aufgabe.

Herr Reubold erklärt weiter, dass sobald die Polizei Kenntnis über zerstörte Wahlplakate erlange, der Staatsschutz eingeschaltet werde. Entsprechend komme dann auch eine politisch motivierte Straftat zur Anzeige, was wiederum Einfluss in der Statistik finde.

Kreisrat Kral betont, dass landesweit bekannt sei, dass die Zahl der gestohlenen und zerstörten Plakate der AfD größer sei, als aller anderen zusammen. Das werde auch regelmäßig zur Anzeige gebracht. Er ist jedoch der Ansicht, dass die Statistik im Hinblick auf politisch motivierte Straftaten demnach anders aussehen müsse. Er möchte außerdem wissen, ob die Zunahme der Straftaten im linken Bereich allein durch Angriffe auf AfD-Infoveranstaltungen geschuldet seien, oder sich diese allgemein gegen politische Parteien richten.

Herr Reubold teilt mit, dass er hierzu leider keine weiteren Angaben machen könne.

Landrat Dr. Sigel teilt mit, dass man diese Anfrage vielleicht im Nachgang klären und Auskunft geben könne.

Kreisrat Dr. von Pollern zeigt sich entsetzt über die Gewaltbereitschaft gegenüber Polizeibeamten und fragt sich, ob sich hier ein gesellschaftlicher Wandel ergeben habe. Er erkundigt sich weiter über den aktuellen Stand des freiwilligen Polizeivollzugsdienstes.

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 21

Öffentlich

Kreisrätin Dr. Rebmann erkundigt sich nach den präventiven Maßnahmen gegen Aggressionsdelikte im öffentlichen Raum.

Kreisrat Bauer möchte wissen, wie der aktuelle Stellenanteil für die Kriminalprävention im Landratsamt bemessen sei.

Kreisrätin Fazio stellt fest, dass die Straftaten im linken Bereich zwar um 48 % gestiegen seien, die Straftaten aus dem rechten Bereich dennoch überwiegen.

Herr Reubold teilt mit, dass die Gewalt gegen Beamte nicht nur im Landkreis, sondern bundesweit gestiegen sei. Man habe feststellen müssen, dass eine zunehmende und dauerhaft vorhandene Respektlosigkeit und ein Aggressionspotential vorhanden seien. Im Einzelfall helfe dagegen nur, dass man konsequent und geschlossen dagegen vorgehe.

Er informiert darüber, dass der freiwillige Polizeidienst zwar noch vorhanden, jedoch vor längerer Zeit neu geregelt worden sei. Momentan bestünden diesbezüglich unterschiedliche Auffassungen in der Regierung. Man gehe davon aus, dass diese Differenzen wohl nicht mehr in dieser Legislaturperiode gelöst werden können, weshalb es keine Neurekrutierung von Freiwilligen vor der nächsten Wahl geben werde.

Er teilt weiter mit, dass die Präventionsmaßnahmen überwiegend in Schulen und im Rahmen von Zivilcourage stattfinden.

Landrat Dr. Sigel ergänzt, dass das Landratsamt aus seiner Sicht personell gut aufgestellt sei und die Mitarbeitenden engagiert und energiegeladen seien.

Kreisrat Bauer betont, dass es auch darum gehe, die nötigen Ressourcen hierfür zu schaffen.

Landrat Dr. Sigel erklärt, dass die vielen Projektarbeiten schwer auf einen Stellenanteil zu reduzieren seien. Einen aktuellen Anteil könne er deshalb momentan nicht nennen.

Der Sozialausschuss nimmt den Bericht über die polizeiliche Kriminalstatistik 2019 und die Kommunale Kriminalprävention zur Kenntnis.

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 22

Öffentlich

Auszüge:
1 Ordnungsamt

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 23

Öffentlich

§ 8

Allianz gegen Kinderarmut: Bericht über bisherige Aktivitäten

Drucksache 2020/042/1

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zugrundeliegende Drucksache und betont, dass der Rems-Murr-Kreis in Sachen Bildungsteilhabepaket spitze sei.

Herr Schwab erläutert, dass man die Allianz 2019 mit den Zielen Transparenz und Sensibilisierung herzustellen, die Beteiligten zusammenzubringen und Projekte durchzuführen gegründet habe. Man wolle den Namen zukünftig auch positiver besetzen. Er verweist auf die Drucksache, in der die wesentlichen Punkte zusammengefasst seien.

Kreisrätin Goll teilt mit, dass sie die Zusammenstellung der Stiftungen, welche sich um Kinder kümmern, sehr positiv finde. Damit zeige man auch unbürokratische Alternativen auf, viele Betroffene wüssten das nicht.

Landrat Dr. Sigel bestätigt, dass sich viele neue Stiftungen im Kreis gegründet haben. Da mache es Sinn, alle Möglichkeiten aufzuzeigen.

Kreisrat Bauer erkundigt sich, ob man anhand der Zahlen sehe, dass Maßnahmen bereits greifen.

Herr Schwab teilt mit, dass man ursprünglich mit 5.000 Kindern unter 15 Jahren, welche im Jobcenter betreut werden, gestartet sei. Man habe für die Allianz jedoch angefangen den Personenkreis zu erweitern und auch die unter 18-jährigen einzubeziehen. Rund 14.000 Kinder würden derzeit als armutsgefährdet gelten. Gefährdet seien aber auch Familien, die über ein niedrigeres Einkommen verfügen als eine Durchschnittsfamilie. Daher könne er nur anhand der Jobcenterzahlen nicht vollständig bewerten, wie der Rems-Murr-Kreis dastehe.

Kreisrätin Fazio möchte wissen, wie die Auslastung an technischen Geräten im Kreismedienzentrum derzeit aussehe, das laut Bericht Familien mit technischen Geräten im Homeschooling unter-

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 24

Öffentlich

stütze und wie man das Angebot nutzen könne. Sie fragt, ob ein Zuschuss hierfür im Rahmen von Bildung und Teilhabe denkbar wäre.

Landrat Dr. Sigel betont, dass das Kreismedienzentrum digital gut aufgestellt sei. Wie viele Geräte tatsächlich vorhanden seien, könne er jedoch nicht genau sagen. Es werde aber eng mit den Schulen zusammengearbeitet.

Frau Böhm ergänzt, dass über das Bildungs- und Teilhabepaket keine Zuschüsse für Tablets mögliche seien, vielmehr müssten die Schulen nach und nach weiter ausgestattet werden.

Der Sozialausschuss nimmt den Bericht über die bisherigen Aktivitäten der Allianz gegen Kinderarmut zur Kenntnis.

Auszüge:

1 Dezernat 5

1 Jobcenter

1 Kreisjugendamt

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 25

Öffentlich

§ 9

Beantwortung von Anträgen der Fraktionen und Zählergemeinschaften

§ 9.1

Sachstandsbericht zur Barrierefreiheit in Kreiseinrichtungen / Antrag der FDP-FW-Fraktion Drucksache 2020/064

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zugrundeliegende Drucksache und betont, dass die Drucksache lediglich einen Zwischenbericht darstelle.

Kreisrätin Goll bittet darum, die Barrierefreiheit in Kreiseinrichtungen nicht nur jährlich im Rahmen des Tätigkeitsberichts zu beurteilen, sondern auch einen Sachstandsbericht der Verwaltung vorzulegen.

Landrat Dr. Sigel bestätigt, dass dies so im Rahmen des Gebäudemanagements geplant sei.

Der Sozialausschuss nimmt den Bericht zur Barrierefreiheit in Kreiseinrichtungen zur Kenntnis.

Auszüge:

1 Stabsstelle Kommunaler Behindertenbeauftragter

1 Dezernat 5

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 26

Öffentlich

§ 9.2

Bericht zu den Auswirkungen des Starke-Familien-Gesetzes / Antrag der Gruppe

Wilhelm/Klinghoffer

Drucksache 2020/065

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zugrundeliegende Drucksache.

Kreisrätin Wilhelm erkundigt sich nach den durchschnittlichen Bearbeitungszeiten für Leistungsbezieher und ob die im Bericht angesprochene Bildungskarte mit dem Sozialstrukturatlas verglichen werden könne. Sie befürchtet, dass viele Anträge die gleiche Bevölkerungsgruppe ansprechen und findet es erschreckend, wenn man im Detail sehe, wie viele Kinder beispielsweise das Mittagessen bezuschusst bekommen. Auch möchte sie wissen, ob sich gerade in der Zeit der Pandemie alle Schulen an das Kreismedienzentrum wenden könnten, um Geräte auszuleihen.

Frau Böhm teilt mit, dass die Bearbeitungszeit der Anträge in der Regel 2 Wochen dauere. Zu Stoßzeiten, wie beispielsweise vor dem Schulbeginn, könne sich die Dauer jedoch auch verlängern. Sie erklärt weiter, dass die Bildungskarte eine Scheckkarte sei, auf die Leistungen geladen werden. Der Rems-Murr-Kreis sei hierbei Vorreiter gewesen. Vereine oder Schulen können dann die Kosten über die Bildungskarte abrechnen. Dies sei ihrer Meinung nach vermutlich auch der Grund, weshalb der Rems-Murr-Kreis mehr Leistungen an Kinder bekomme, als andere Landkreise. Die Bearbeitung sei zwar laut dem externen Organisationsberater IMAKA etwas umständlicher, der Verwaltung sei es dies jedoch wert, da oberstes Ziel in diesem Bereich sei, viele Leistungen an die Kinder zu bringen.

Anträge aus den Schulen an das Kreismedienzentrum in der Coronazeit seien ihr nicht bekannt, einige Schulen hätten auch bereits eigene Tablets.

Landrat Dr. Sigel ergänzt, dass es neben dem Landkreis als Schulträger für die Beruflichen Schulen, die schon sehr früh durch den Landkreis digital ausgestattet worden seien, viele weitere Schulträger im Kreis verteilt gäbe. Auch die Schulen in Trägerschaft der Städte und Gemeinden gelte es

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 27

Öffentlich

fitzumachen. Wo seither praktische Probleme aufgetaucht seien, habe man versucht Lösungen zu finden.

Der Sozialausschuss nimmt den Bericht zu den Auswirkungen des Starke-Familien-Gesetzes zur Kenntnis.

Auszüge:

1 Amt für Soziales und Teilhabe

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 28

Öffentlich

§ 10

Verschiedenes

Kreisrätin Goll informiert über eine Aussage eines Wissenschaftsjournalisten, der sich gegen die vereinbarte Corona-Notbremse ausgesprochen habe, da zu befürchten sei, dass Gesundheitsämter ihre Zahlen manipulieren könnten. Sie möchte wissen, wie Landrat Dr. Sigel dazu stehe.

Landrat Dr. Sigel informiert, dass die Verwaltung bemüht sei, das Zahlenmaterial so gut wie möglich aufzuwerten, betont jedoch auch, dass statistische Abweichungen und Prozesse nicht immer optimal ablaufen können. Er habe keine Bedenken, dass statistisches Material gefälscht werde. Man versuche nach wie vor so viele Personen wie möglich zu testen, derzeit liege der Fokus bei den Heimeinrichtungen. Der nächste Schritt werde die Klinik sein, da der Betrieb wieder hochgefahren werde.

Kreisrat Bauer erkundigt sich, wie die Lage bei den Busunternehmen aussehe, jetzt wo der Betrieb in den Schulen wiederaufgenommen werde.

Landrat Dr. Sigel geht davon aus, dass die Busunternehmen das gut im Griff haben. Man habe den Schulstart frühzeitig verständigt

Auszüge:

1 Gesundheitsamt

1 Amt für ÖPNV

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 29

Öffentlich

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Die Schriftführerin:

gez.

gez.

Dr. Richard Sigel

Lea Geprägs